

Nahe-Beitung

Zweihundertfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise:

Die 2. Spaltenzeile 24 mm breite Millimeterzeile über deren Raum 60 Pfg., Sammelanzeigen 40 Pfg., Restnummern die 22 mm breite Millimeterzeile 2.50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen zu. Sammelanzeigen 2.50 Mark. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Dromedars-Str. 17. Neben-Geschäftsstelle: Große Ulrichstr. 22 und Markt 24. Postfach-Konto Leipzig Nr. 4609.

Bezugspreise:

Der Heft monatlich bei vorwärtiger Abnahme 7.50 Mark, vierteljährlich 21.50 Mark, durch die Post 22.50 Mark, einschließlich Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Für amtlich, Zeitungserlaubnis unter 2.000 Exemplare eingetragene, für unentgeltlich eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Rücksendung nur mit der Zeitung. Ferner: der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1133 u. 7411, der Bezugs-Abt. Nr. 1133.

Nr. 465.

Halle, Dienstag, den 5. Oktober 1920.

Einzelpreis 20 Pfg.

Vor deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen.

Aussichten der Brüsseler Konferenz — Wichtige Tagung des Zentralverbandes des deutschen Großhandels in Frankfurt a. M. Enver Pascha als Herold der 3. Internationale — Krisis der englischen Industrie.

Die Stellung des Außenhandels.

Auf der 5. ordentlichen Mitgliederversammlung des Zentralverbandes des deutschen Großhandels, die am Sonnabend in der Aula der Universität Frankfurt a. M. eröffnet wurde, hielt in Vertretung des im Erscheinenden Reichswirtschaftsministers Ministerialdirektor von Jonquieres eine bemerkenswerte Rede über die Lage des Außenhandels, die von folgenden Gedanken getragen wurde:

Gewiß sind die finanziellen Lasten, die uns bedrücken, erschreckend schwer und kaum erträglich, gewiß sind die Behauptungen des Versailler Friedensvertrages berat, daß sie auch schaffensstarke Männer zu ernster Sorge veranlassen müssen, gewiß steht ganz Europa, vor allem aber Deutschland, in einer schweren Wirtschaftskrise, deren Folgen sich gerade im kommenden Winter schmerzlich bemerkbar machen werden und die Gefahr tief greifender Störungen näher treten lassen. Trotzdem kann man der Ueberzeugung leben, daß der deutsche Handel, die deutsche Industrie, der deutsche Arbeiter und der deutsche Ingenieur allen diesen Gefahren zum Trotz Deutschland auch über diesen wirtschaftlichen Tiefstand hinüber retten werden zu besseren Tagen.

Der wirtschaftliche Aufstieg unseres Volkstums, auf Fabrikatausfuhr angewiesenen Landes hat zur Voraussetzung die Gesundung des deutschen Außenhandels. Dieser Aufstieg kann nur erfolgen, wenn der persönlichen Schaffensfreudigkeit des einzelnen nicht unzulässige staatliche Fesseln angelegt werden. Der Krieg hat uns in wirtschaftlicher Hinsicht ein ausgedehntes System staatlicher Maßnahmen gebracht, das gemeinlich mit dem Worte „Zwangswirtschaft“ bezeichnet wird. Die Reichsregierung ist energisch dabei, diese aus dem Krieg übernommene staatliche Zwangswirtschaft abzubauen. Für eine Reihe von Erzeugnissen ist der freie innere Verkehr bereits wieder hergestellt. Die staatliche Bewirtschaftung anderer Waren wie Mineralöl, Benzin und Petroleum wird in Kürze aufgehoben sein. Jeden Monat verschwinden einige der nicht angeforderten Kriegesgesellschaften. An ihre Stelle tritt wo nicht die Freiheit des Verkehrs, so doch die Bewirtschaftung durch die Beteiligten selbst, in Form der freien Selbstverwaltung der Träger. Auch im übrigen ist die Regierung bestrebt, staatliche Bevormundung auf ein Mindestmaß zu beschränken. Auf dem Wege dieses Abbaues fortzuschreiten, soweit es unsere Wirtschaftslage irgend gestattet, ist das beste und — wie billig Denkmale geben werden — erfolgreiche Verfahren der Regierung. So nachdrücklich aber jeder unzulässige bürokratische Eingriff in das Wirtschaftsleben beschränken wird, so sicher wird andererseits feiner erwartet, daß eine völlige Freiheit der Wirtschaft, wie wir sie vor dem Kriege hatten, alsbald wieder möglich werden könnte. Das gilt heute auch gerade vom Außenhandel. Das traurige Ende des Krieges hat die natürlichen Grundlagen der deutschen Wirtschaft von unten verändert und über alles Maß hinaus verschlechtert. Deutschland hat durch den Frieden eine empfindliche Einbuße in Bezug auf die Kohlen- und Eisenbasis, in Kraft usw. erlitten, und ihm sind derzeit ungemessene Verpflichtungen aufgebürdet worden, daß ganz abgesehen von allen anderen Erwägungen eine einfache Rückkehr zu früheren Zuständen auch im Außenhandel ausgeschlossen ist. Die Erhaltung der bisherigen Bevölkerung auf deutschem Boden ist nur möglich, wenn der Eisenbedarf durch Kontrolle der Einfuhr in engen Grenzen gehalten wird, und dem Volk andererseits Gelegenheit geboten wird, durch seine Arbeit ein Höchstmaß von Werten zu schaffen. Mit anderen Worten, es muß mit allen Mitteln angestrebt werden, ohne Hande als baltan aktiv wird, weil nach dem Fortfall von Erträgen aus Auslandskapital und Schiffahrt nur dadurch eine Zahlungsfähigkeit Deutschlands eine Stabilisierung der Bilanz erreicht werden kann. Niemand wird zürückde, wie sie nach dem Waffenstillstand im besetzten Gebiet in Bezug auf die Einfuhr herausgeschickt hatten, wieder herbeizumüssen; niemand wird eine völlig ziellose Ausfuhr, wie sie im Frühjahr dieses Jahres stattgefunden und zu dem „Ausverkauf Deutschlands“ geführt hat, für erträglich halten. Aber es muß mit Nachdruck betont werden, daß auch in der Außenhandelspolitik eine Entwicklung zur freieren Gestaltung erwünscht und möglich ist. Nicht durch übertriebene Kontrolle hemmend will der Staat in den Außenhandel eingreifen, sondern anregend und fördernd, sowohl in der Einfuhr wie in der Ausfuhr. An diesem Ziele arbeiten Reichsregierung und

alle anderen veramtörischen Instanzen, nicht zuletzt der Reichswirtschaftsrat. Nach den bisherigen Erfahrungen sind die Arbeiten dieses letzten wirtschaftlichen Gremiums nicht nur als rednerisch bedeutend, sondern vor allem auch als praktisch fördernd anzusehen. Daß der Handel in diesem Rat seiner Bedeutung entsprechend zu Wort gelangt und mitarbeitet, ist Sorge der Regierung.

In Bezug auf den Außenhandel ist die Regierung dauernd bemüht, die Ungewißheit durch Anknüpfung handelspolitischer Beziehungen zu den fremden Staaten nach Möglichkeit zu mildern. Die Schwierigkeiten, die uns auch in dieser Hinsicht durch den Friedensvertrag, insbesondere durch die einseitige Auflage der Meißelbegünstigung gemacht werden, sind bekannt. Aber die Regierung wird auch in dieser Beziehung nichts unversucht lassen, am Handel und Wandel neu zu beleben.

Aber alle Bekrebungen des Staates können nur anregend und ausgleichend wirken. Das Wesentliche, das Beste muß der Deutsche Wirtschaftler, — sei es Unternehmer, Kaufmann, Techniker oder Arbeiter — selbst leisten. Nicht zum ersten Mal im Laufe der Geschichte liegt unser Volk niederzulegen zu Boden. Immer wieder hat sich seine Wirtschaft erholt und zur Höhe emporgearbeitet. Die unermüdliche Schaffenskraft deutschen Geistes, deutschen Fleißes bürgt uns dafür, daß wir uns aus heutiger Not befreien und zu glücklicheren Tagen gelangen werden.

Im Verlauf der Tagung des Zentralverbandes des deutschen Großhandels

In Frankfurt a. M. wurde zu den großen schwebenden wirtschaftlichen Fragen Stellung genommen. Zur Preiswucherung wurde folgende Resolution gefaßt: „Der Zentralverband des deutschen Großhandels sieht in der — trotz der ungewissen eingetretenen grundlegenden Änderung der Wirtschaftsverhältnisse — unveränderten Geltung und Anwendung der bisherigen Preisverordnungsgebung eine außerordentlich schwere Gefahr für die Gesundung der Wirtschaft. Wird bei der gegenwärtigen Rechtsprechung und Verwaltungspraxis dem ehrbaren Kaufmann die sichere Grundlage einer Kalkulation entzogen, dann wird auch weiterhin ein Heruntergleiten der notwendigen Handelsaktionen in die Hand des Schieberstums gerade durch die gelegentlichen Schutzbestimmungen gefördert. Solange die Preisverordnungsgebung noch nicht grundlegend geändert ist, verlangt der Zentralverband des deutschen Großhandels: 1. abseitsgerichtete Zusetzung Sachverständiger aus Handel und Industrie zur Erhebung der öffentlichen Klage, 2. authentische Interpretation der Vorschriften des § 14 der Verordnung vom 27. 11. 1919 dahin, daß die Wiederaufnahme des Verfahrens nicht identisch ist mit derjenigen der Strafprozedur, insbesondere nach der Richtung, daß Prospektverträge und Abweichungen der Ruherperiode von der anerkannten Rechtsprechung eine Wiederaufnahme rechtfertigen.“

Zur Frage des Abbaues der Zwangswirtschaft wurde folgende Entschließung gefaßt: „Das System der Erhaltung und Verteilung aller wirtsch. Lebensmittel und die Bewirtschaftung industrieller Rohstoffe und Rohstoffe ist an der Unmöglichkeit seiner Durchführung geknüpft. Durch die Ausschaltung des legitimen, ehrlichen Handels, sind Korruptionen und Befehlswirtschaft groß gezogen und die allgemeine Moral und die Staatsautorität stark herabgemindert worden. Das Schieberstum hat sich ungeheuer entwickelt, zur Ausbeutung der Verbraucher geführt und hierdurch und durch die verschwendliche Ausgabe seiner Leistung und gewissenlos erzielten Gewinne aufreißend auf viele Volksteile gewirkt. Der Abbau der Zwangswirtschaft, der in den letzten Monaten begonnen hat, ist daher bis zur Beseitigung aller Hindernisse, die Produktion und Verkehr irgendwie hindern oder beeinträchtigen, schleunigst fortzusetzen. Die Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen, die notwendig Rohstoffe zu umfassen und keine Genehmigungsbescheinigung oder Kontingentierung zu binden. Eine zu große Einfuhr ist infolge der Schwierigkeit der Beschaffung von Rohstoffen und infolge des großen Risikos, das jeder Einzelne bei dem hohen Wertstand aller Waren läuft, nicht zu befürchten. Die Kaufkraft des Volkes bildet die natürliche Grenze.“

Als Vertreter der holländischen Kaufmannschaft sprach Konsul ter Horst von dem Niederländischen Handelskammer, der einsehend die Aufmerksamkeit des neutralen Auslandes gegenüber der deutschen Wirtschaft und dem deutschen Großhandel zum Ausdruck brachte. Insbesondere bekannte er die außerordentlich hohen materiellen Wertesagen an und betonte, daß Deutschland nach geltenden Regeln des Außenhandels mit immer steigender Sorge verfahren würde. Er wies ferner auf die Ueberorganisation des deutschen Wirtschafters hin und forderte vom Standpunkte derer, die mit Deutschlands Kaufmannschaft wieder Geschäfte machen wollten, das Falllassen aller Fesseln und das Einführen der allein für den Wiederaufbau der Beziehungen möglichen und notwendigen freien Wirtschaft.

Die Brüsseler Konferenz.

In einer Besprechung der Brüsseler Konferenz schreibt die „Allgem. Ztg.“: Die Konferenz ist nicht eine Konferenz der Ohnmacht geworden, aber auch nicht eine Konferenz, auf der Deutschland neue in Frankreich missfallende Kammererien mit der Appellation an Europa gegen seine fünfjährige Angeltimmung habe. Europa müßte verstanden, daß nicht zu helfen. Deutschland braucht Hilfe, deshalb müßte es den gegebenen politischen Verpflichtungen in weitestmöglicher Rechnung tragen. Frankreich ist die größte Kontinentalmacht geworden und verliert durch sein Bündnis mit Belgien im Osten, auf dem Balkan und gegenüber England die Macht auch da zu stabilisieren, wo Ludwig XIV., Richelieu und Napoleon es verwehrt unternehmen. Die Unruhe über die französischen Pläne liegt auf Europa, wie die Ausführung der Verträge bezüglich der Beschiebung und der Kohlenversorgung von dort, sowie bezüglich der Konferenz in Genf, Deutschland werde loyal sein bis zum äußersten, aber das deutsche Volk erwartet von seinen Vertretern, daß sie Frankreich von seinem Recht überreden werden. Eine Nation müßte leben können, wenn sie sich nicht selbst aufgeben wollte. Deutschland in den Mittelraum vor dem Punkte, wo sich sein oder Frankreich entscheiden. Die Verhandlungen mit Frankreich würden zeigen, ob man dort die Wahrheit dieses Satzes versteht.

Deutsch-französische Wirtschaftsverhandlungen.

Bei Besprechung der zwischen dem deutschen Wirtschaftsminister und dem Ministerpräsidenten des französischen Reiches unterzeichneten „Journal des Debats“, daß jedenfalls demnächst die deutsch-französischen wirtschaftlichen Beziehungen wieder in Gang kommen werden. Die letzten deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen haben sich vor den Reichstagswahlen Anfang Juni in Paris abgehalten. Der „Welt Posten“ schreibt: Die Verhandlungen zwischen dem deutschen Wirtschaftsminister Manes und dem französischen Wirtschaftsminister Laurent nach Berlin fällt zusammen mit dem Entschluß des deutschen Wirtschaftsministers Manes durch den neuen Ministerpräsidenten zu stimmen und wickelt von neuem die Frage unserer Handelsbeziehungen mit Deutschland auf. Diese sehr schwierige Frage zerfällt in zwei Teile: Erstens die Wiederhernahme der wirtschaftlichen Beziehungen, die besonders in Bezug auf die Wiederherstellung der zerstörten Gebiete für den Export eine besondere Wichtigkeit haben, und zweitens die Wiederherstellung unserer zerstörten Gebiete. Was den ersten Punkt anlangt, so sind die vor einiger Zeit begonnenen Verhandlungen ebenfalls nicht so weit fortgeschritten, als man es wünschen könnte. Die Deutschen haben sich nicht angetan, die Bitte der Briten anzunehmen, deren Einfuhr wir von ihnen gewünscht haben. Bezüglich des zweiten Punktes scheinen die Vertreter des Deutschen Reiches sich an das bekannte Projekt von Eintritte zu halten, so wie es in Spa beabsichtigt hat. Dieses Projekt würde aus dem Norden Frankreichs eine große deutsche Kolonie machen. Die Deutschen würden sich künftigen, wenn sie darauf zählen würden, daß ihnen in Bezug auf die Durchführung des Friedensvertrages neue Konzeptionen gemacht werden während der Verhandlungen, die jetzt über die wirtschaftlichen Beziehungen zu sich gehen sollen.

Die Genfer Konferenz.

„Hauger Post“, der Londoner Korrespondent der „Hauger Post“, telegraphiert, daß von einem Aufgeben der Genfer Konferenz noch keine Rede ist. Die englische Regierung habe noch immer an diesem Schanke fest, er würde augenblicklich den Gegenstand eines lebhaften Gedankenaustausches zwischen der englischen und der französischen Regierung.

Eine Krisis in der englischen Industrie

„Telegraph“ meldet aus London: Die Krisis im englischen Handel und englischen Industrie tritt schon eher ein als man erwartet hatte. Eine der größten Fabriken von Sheffield hat gestern Tausende von Arbeitern wegen Mangels an Aufträgen entlassen. Die Fabrik steht in Verbindung der United Steel Corporation, einem der größten Konzerne der Welt, und man betrachtet daher dieses Ereignis als den Beginn der größten wirtschaftlichen Depression, der seit einigen Tagen vorbereitet wird. Einer der größten Fabrikanten hat erklärt, daß viele andere Fabriken in Kürze gleiche Maßnahmen treffen müßten.

Enver-Pascha als Herold der 3. Internationale.

Wie das Georgische Pressebüro aus Batumi meldet, betonte Enver Pascha auf dem Kongreß der 3. Internationalen der Ökonomie in Batumi seine Uebereinstimmung mit den Ansichten der 3. Internationale und erklärte im Namen der Organisation von Maroff, der Agitation, deren Vertreter er sei, den Beitritt zur 3. Internationale.

